

LESERBRIEFE

«Genderidiologie»

Zur Initiative der Jungen SVP gegen das Gendern

Liebe Junge SVP, dass es einen Genderwahn im Kanton Schwyz gibt, ist wohl weit hergeholt. Und dass sich «eine schweigende Mehrheit einer kleinen und sehr lauten Minderheit» fügen muss, ist wohl ein Witz.

Euer Anliegen, dass Frauen künftig wieder ausschliesslich in der maskulinen Form angesprochen werden sollen, ist ein Affront gegenüber 50,4 Prozent der in der Schweiz lebenden Bevölkerung. Denn obwohl

im Moment mehr Jungen als Mädchen geboren werden, sind die Frauen in der Bevölkerung immer noch in der Mehrzahl. Und diese sollen also nicht angesprochen werden.

Ich habe einen Vorschlag: Wir einigen uns auf eine einheitliche Form und verwenden ab sofort nur noch die feminine. Dann gibt es nur noch Ärztinnen, Malerinnen, Baumeisterinnen, Elektrikerinnen, Verkäuferinnen, Anwältinnen etc. Alle Probleme gelöst!

Sylvia Schranz-Kessel, Ingenbohl

Ein fragwürdiges Wahlkampfmanöver

Zur Initiative der Jungen SVP gegen das Gendern

Im Oktober hatte der Schwyzer Kantonsrat einer Motion zugestimmt, die die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in Gesetzestexten verlangt. Mit einer Initiative will die Junge SVP Kanton Schwyz den Parlamentsbeschluss zu Fall bringen. Die Jungpartei verlangt, dass die Behörden im Kanton Schwyz ausschliesslich die maskuline Form benutzen – so, wie das bisher der Fall war.

Die JSVP missachtet damit den Willen der Mehrheit des Parlaments. Überstimmt zu werden, gehört in der Politik dazu. Allzu oft geht die SVP bei Abstimmungen im Kantonsrat als Siegerin hervor. Nun war sie für einmal die Unterlegene. Sehen so sportliche Verliererinnen aus?

Weiter behauptet die JSVP, dass die Einwohnerinnen und Einwohner

des Kantons Schwyz die Texte nicht mehr verstehen können, wenn sie geschlechtergerecht formuliert sind. Das grenzt an eine Beleidigung. Die Schwyzerinnen und Schwyzer sind dazu sehr wohl in der Lage!

Nennen wir das Kind doch beim Namen: Es ist Wahlkampf. Hinter der Initiative der JSVP steckt Kalkül. Sie instrumentalisiert das Thema, um ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Und setzt sogar noch einen drauf, indem sie ein Verbot für typografische Zeichen wie Genderstern oder Genderdoppelpunkt fordert. Bloss: Darum geht es in der besagten Motion gar nicht. Diese verlangt lediglich die Nennung der männlichen und weiblichen Form. Von geschlechterinklusive Sprachformen war keine Rede. Die Suppe wird also längst nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wird.

Katja Aldi, Präsidentin Frauennetz Kanton Schwyz, Wangen

SP-Schwindel zur AHV

Zum «Zur Sache»-Beitrag von Aurelia Imlig

SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig verbreitete in ihrem Beitrag zur 13. AHV-Rente nachweisliche Falschheiten.

Fakt ist, dass die AHV bereits heute auf ein riesiges Defizit zusteuert. Die Mehrkosten von jährlich 5 Milliarden Franken für eine 13. AHV-Rente würde das Finanzierungsproblem in der AHV massiv vergrössern.

Fakt ist, dass der Grossteil der Rentnerinnen und Rentner glücklicherweise finanziell gut dasteht und

nicht auf eine zusätzliche AHV-Rente angewiesen ist.

Fakt ist, dass eine Erhöhung der AHV-Rente durch höhere Lohnabgaben und Mehrwertsteuern kompensiert werden müsste.

Fakt ist, dass junge Familien in der Schweiz am stärksten von Armut betroffen sind und unter höheren Abgaben und Steuern am meisten leiden würden.

Fazit: Lassen Sie sich nicht vom SP-Schwindel täuschen und stimmen Sie Nein zur verantwortungslosen 13. AHV-Rente.

Sepp Marty, Fraktionschef FDP, Unteriberg

AHV-Finanzloch in Milliardenhöhe

Zum «Zur Sache»-Beitrag von Aurelia Imlig

Die falschen Aussagen von SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig im «Zur Sache»-Beitrag vom Montag verdienen eine Richtigstellung. Die AHV steht finanziell leider schlecht da. Das Stimmvolk hat in den vergangenen Jahren zur mittelfristigen Sicherung der AHV zwei Reformvorhaben gutgeheissen (STAF im 2019 und AHV21 im 2022). Doch das reicht nur bis 2030.

Danach geht der AHV das Geld aus. Die SP und Gewerkschaften handeln mit ihrer Initiative absolut

verantwortungslos, weil sie der Bevölkerung bezüglich der Finanzierung der Zusatzrente keinen reinen Wein einschenken.

Eine 13. AHV-Rente würde das Finanzloch in der AHV um jährlich 5 Milliarden Franken vergrössern. Diese Mehrkosten gehen über höhere Mehrwertsteuern und Lohnabgaben zulasten der Jungen und Erwerbstätigen. Ein pauschaler Rentenausbau auf dem Buckel des Mittelstandes ist unsozial und inakzeptabel. Wir sollten die AHV sanieren und nicht ruinieren. Deshalb Nein zur 13. AHV-Rente.

Adrian Imhof, Kantonsrat FDP, Oberarth

Langjährige Ibächler Fasnachtstradition wird gepflegt



Gestern Mittwoch wurden im Muotadorf rund 400 Ibächlerinnen und Ibächler über 75 mit einem Fasnachtsäckli beschenkt. Die acht originell verkleideten Fasnachtsgruppen der Fasnachtsgesellschaft Ibach (im Bild Schneewittchen mit wenigstens drei Zwergen zu Besuch bei Marie-Louise und Karl Auf der Maur-Wiget) hatten auch selber den Plausch am «Fasnächtlen» und am Kontakt mit der älteren Ibächler Bevölkerung.

Bild: Ruth Auf der Maur

Der Volkswille wird ignoriert

Zum Artikel «Schwyz setzt Energieleitplanken»

Kürzlich wurde die kantonale Energie- und Klimaplanung 2023+ vorgestellt. Im 132-seitigen Dokument wird kurz erwähnt, dass bei der vorherigen Energiestrategie 2013-2020 des Kantons sieben der acht Ziele nicht erreicht wurden. Jede Firma würde die Ursache des totalen Scheiterns einer siebenjährigen Strategie analysieren und aus den Fehlern lernen wollen.

Dies wird nicht gemacht, dafür aber einfach neue Strategiepapiere mit noch unrealistischeren Zielen erstellt – natürlich durch unsere Steuergelder finanziert. Wenn in einigen Jahren auch diese Ziele wieder überhaupt nicht erreicht werden,

wird ziemlich sicher wieder niemand die Verantwortung übernehmen oder zur Rechenschaft gezogen, und die Urheber dieser «gescheiterten» Papiere werden weiter fürstlich aus unseren Steuergeldern bezahlt.

Es wird zwar erwähnt, dass der Kanton Schwyz das Klima- und Innovationsgesetz mit 57,5 Prozent abgelehnt hat, trotzdem orientiert sich die Planung offiziell am nationalen Abstimmungsergebnis. Ein weiteres Mal wird der Volkswille der Schwyzer Bevölkerung von den Behörden komplett ignoriert, obwohl das Abstimmungsergebnis der Schwyzer von viel gesundem Menschenverstand zeugt. Müsste sich die kantonale Planung nicht am Ergebnis im Kanton orientieren? Braucht es überhaupt

eine kantonale Strategie, wenn die Regierung das Abstimmungsergebnis der Schwyzer Bevölkerung komplett ignoriert?

Namhafte Wissenschaftler sind sich einig, dass das Ziel «Netto-Null» nicht erreicht werden kann. Dennoch wird im Versuch viel Geld für nutzlose CO₂-Zertifikate aus dem Kanton Schwyz ins Ausland abfliessen, statt dieses Geld hier für echten Umweltschutz einzusetzen.

Ich wünsche mir Behörden und Regierungsräte, die den Mut haben, sich für die Schwyzer Bevölkerung einzusetzen und nicht nur für Ideologien und die nicht «denen da oben nachhohösid».

Josef Ender, Ibach

Covid und die Wahlen

Zu den Wahlen im Kanton Schwyz

Dieser Leserbrief ist keine Wahlpropaganda, sondern der Versuch, durch vernebelnde Parteiparolen hindurch zu sehen, aus welchem Holz die Kandidaten geschnitzt sind. Kaum möglich bei Neubewerbern, bei Bisherigen aber schon.

Nehmen wir die Covid-Geschichte: Im «Boten» vom 25. Januar 2022 stand der Bericht über die Kundgebung auf der Hofmatt, wo sich rund tausend Mütter und Väter von Primarschülern zum Protest gegen die vom Bildungsdepartement erlassene Maskenpflicht für Erstklässler zusammengepfunden hatten. Zwei Tage später publizierte der «Bote» ein

Interview mit dem verantwortlichen Regierungsrat Stähli, der darin die Eltern als Problemverursacher bezeichnete, massgebend sei die Lageentwicklung auf nationaler Ebene, und überdies hätten sich unter die Teilnehmer viele Kundgebungstouristen aus anderen Kantonen gemischt.

Das waren, gelinde gesagt, unangemessene Behauptungen. Regierungsräte sind Träger einer Verantwortung, zu der sie vom Volk durch Wahl mandatiert sind. Einmal gewählt, besteht die Pflicht zur gewissenhaften Beschaffung und Prüfung aller verfügbaren Informationen, um daraufhin mit gesundem Menschenverstand zu entscheiden. Schon 2020

gab es eine belastbare internationale Studie zur Schädlichkeit von Masken bei Kindern.

Pflichtvergessenheit? Volksferne? Die Komplexität von Problemfeldern, die von Politikern künftig zu bewältigen sein wird, ruft nach der Wahl von Entscheidungsträgern, für die objektive Informationsbeschaffung, Dialogbereitschaft, Standfestigkeit und Selberdenken selbstverständliche Haltungen sind. An dieses Profil sollte man denken beim Ausfüllen des Wahlzettels und vielleicht auch daran, dass das Mandat mit jährlich 250 000 Franken honoriert wird, die wir mit unseren Steuern finanzieren.

Hanspeter Reichmuth, Schwyz